

Viele Fragen und Ängste im "Faktencheck Gebietsreform" diskutiert

Von Markus Gleichmann

"Nichts ist so beständig wie der Wandel". Mit diesem Ausspruch beschrieb schon der Philosoph Heraklit vor 2500 Jahren ein Prinzip, das sich in allen Lebensbereichen und insbesondere auch in der Herrschafts- und Verwaltungsgeschichte niederschlägt. Dass diese Weisheit bei vielen Menschen fest verankert ist, zeigt auch der Wandel in den Diskussionen unserer Veranstaltungsreihe „Faktencheck Gebietsreform – Risiko oder Chance“.

Die Fragen wandeln sich

Ob vor oder nach der Verabschiedung des Vorschaltgesetzes: Seit dem Start dieser Tour im Juni und mit der Ausweitung der Veranstaltungsreihe ab Oktober waren die Diskussionen vor allem von Ängsten geprägt. Fragen wie „Dürfen wir noch über unseren Ort entscheiden?“, „Werden die Dorfgemeinschaftshäuser, Rathäuser und Sportanlagen, die seit Jahrzehnten ehrenamtlich gepflegt und geführt wurden, nun verkauft?“ oder „Wir haben gut gewirtschaftet, die Orte um uns herum aber nicht. Müssen wir jetzt deren Schulden zahlen?“ wurden bei fast jeder der über 20 Veranstaltungen gestellt.

Unter den bislang 400 bis 500 teilnehmenden Gästen waren auch BürgermeisterInnen und kommunale MandatsträgerInnen, vor allem aber interessierte BürgerInnen. Je nach Zusammensetzung variierten die Gesprächsdetails und -schärfen. Viele Fragen können mit Blick auf die vom Thüringer Landtag beschlossenen Gesetze oder vorliegenden Gesetzentwürfe geklärt werden. Insbesondere das Vorschaltgesetz regelt die Möglichkeiten im Rahmen der Freiwilligkeitsphase. Auf diesen Abschnitt, der bis 31. Oktober 2017 läuft, konzentrieren sich aktuell auch die meisten Fragen. Viele Gemeinden sprechen miteinander und übereinander über die bestehenden Möglichkeiten.

A mit B, oder doch besser mit C?

Oft wurde gefragt, ob eine besprochene und vielleicht sogar beschlossene Fusion von der Regierung genehmigt wird. Drei Punkte stehen dazu im Vorschaltgesetz: Mindestens 6.000 EinwohnerInnen muss eine Gemeinde im Jahr 2035 haben. Zur Ermittlung dieser Prognose gelten die Berechnungen des Thüringer Landesamtes für Statistik, die unter www.tls.thueringen.de eingesehen werden können. Weiterhin muss die Leistungsfähigkeit der neuen Struktur für die mittelfristige Finanzplanung nachgewiesen werden. Als Letztes muss die neue Kommune ein Grund- oder Mittelzentrum nach dem Landesentwicklungsplan 2025 beinhalten.

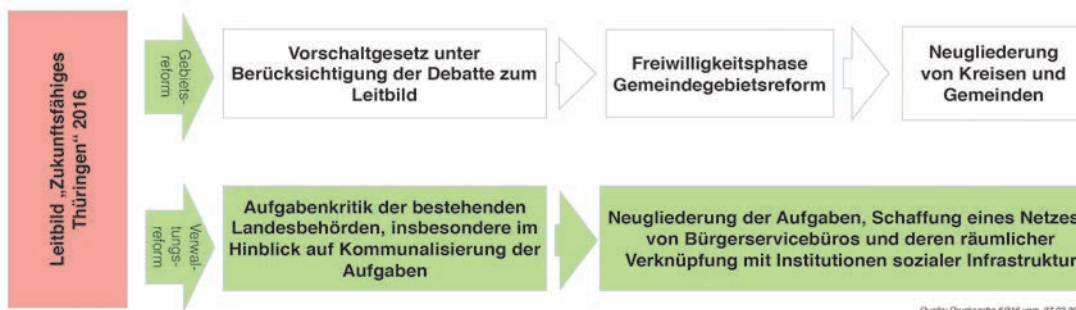
In der Freiwilligkeitsphase können

Bei den Diskussionsveranstaltungen, die vor allem von BürgerInnen ohne politische Funktion geprägt sind, werden eher praktische Dinge hinterfragt. Die höchste Priorität hat hier eine nahe gelegene Bürgerservice-stelle, die die wichtigsten Dienste wie das Einwohnermeldewesen, Fahrzeugzulassung, Bau und vieles mehr, regeln kann. Das Ziel bei der Einrichtung der Servicestellen sollte natürlich sein, dass BürgerInnen keine weiteren Wege als bisher zurücklegen müssen. Schon in dem der Reform zugrunde liegenden Leitbild "Thüringen 2020" bekannte man sich zu der Einrichtung von Bürgerservicebüros in jedem zentralen Ort. Spätestens mit dem Thüringer Gesetz über die Grundsätze von Funktional- und Ver-

Diskussionen führen bei den BürgerInnen zu einem stärker werdenden kommunalpolitischen Interesse. In Gemeinden, deren Bürgermeister die Reform ablehnen und darüber hinaus jeglichen Dialog verweigern, ist die Stimmung bei den Veranstaltungen aggressiver und Fakten erhalten weniger Aufmerksamkeit.

Ein Dialog, der sich lohnt

Als Kommunalpolitisches Forum ist es unser Auftrag, Debatten zu führen, Informationen und Fakten zu vermitteln und die Diskussion zwischen den MandatsträgerInnen und kommunalpolitisch interessierten BürgerInnen zu ermöglichen. Mit der Veranstaltungsreihe "Faktencheck Gebietsreform" ist uns das auf jeden Fall gelungen. Gleichzeitig erhält unser Verein wichtige Informationen über Thematiken und Diskussionspunkte in den kleinsten Einheiten der Kommunalpolitik, die in der künftigen Arbeit berücksichtigt werden müssen. Hierzu zählen unter anderem die Themen der Entwicklung des ländlichen Raumes, der politischen Bildung und der Transparenz gegenüber den BürgerInnen.



Gebiets- und Verwaltungsreform verlaufen parallel. Derzeit sind beide in Phase zwei.

sich auch solche Gemeinden zusammenschließen, die aktuell noch unterschiedlichen Kreisen angehören. Denn das Thüringer Gesetz zur Neuordnung der Landkreise soll frühestens nach der Freiwilligkeitsphase vom Thüringer Landtag beschlossen werden. Dieses sieht vor, dass die dann neu gebildeten Gemeinden einem Landkreis zugeschlagen werden. Daran waren vor allem die schon angesprochenen MandatsinhaberInnen oder Wahlbeamte interessiert, ist deren politische Arbeit doch direkt davon betroffen. So wurden die Nachfragen zunehmend auch spezifischer: mögliche Änderungen innerhalb der Verwaltungsstrukturen, Rechte der Ortsteil- beziehungsweise Ortschaftsräte bis hin zu den Vergütungen der BürgermeisterInnen und OrtsteilbürgermeisterInnen.

waltungsreformen, das aktuell im Entwurf vorliegt, werden diese Zentren definiert – und zwar so, dass sie nah bei den BürgerInnen sind.

Zweifel und Aufbruchsstimmung

Unsere Diskussionsveranstaltungen sind von Woche zu Woche und von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Ob mehr Chancen gesehen werden und damit eine Aufbruchsstimmung herrscht, oder ob mehr Zweifel existieren, die teilweise auch mit düsterer Depression vorgetragen werden, ist offensichtlich in erster Linie von der bisherigen Diskussion im Ort abhängig. In den Orten, die einen Bürgermeister haben, der den Gemeinderat und bestenfalls auch die BürgerInnen mit einbezieht, wird aktiv über bestehende Strukturen und Verbesserungsmöglichkeiten nachgedacht. Diese

Veränderungen im täglichen Leben sind nicht zu verhindern, das ist so gut wie jedem bewusst. Insbesondere von Politik und Verwaltung muss auf gesellschaftliche Prozesse mit Weitsicht reagiert werden, auch wenn sich Entwicklungen heute noch nicht konkret auswirken sollten. Dass die Verwaltung nach 20 Jahren, einen Verlust von mehr als 400.000 EinwohnerInnen und einer ins Ältere verschobenen Demographie, reagieren muss, wird daher selten abgestritten. Die Aufgabe für alle VerantwortungsträgerInnen ist es, einen Moderationsprozess zu organisieren, der vermittelt, aber auch contrafaktischer Meinungsbildung entgegen wirkt. Wir glauben, dass wir das mit der Veranstaltungsreihe schaffen und einen wichtigen Beitrag zum Reformprozess leisten können.

Grafik: Markus Gleichmann

In dieser Ausgabe:

Seite 2:

"Für die Sache streiten"

Der Kommunalpolitiker Udo Nauber berichtet vom "Aufstand der Jungen"

Seite 3:

Party und Geschenke zum 25.

KOPOFOR feiert Geburtstag und ehrt kommunalpolitisches Engagement.

Seite 4:

"Zeit, Danke zu sagen"

Heidrun Sedlacik, langjährige Vorsitzende, scheidet aus ihrem Amt.

Udo Nauber: "Es ist wichtig, für die Sache zu streiten"

Nachdem wir in der letzten Ausgabe über die Arbeitsgruppe Junge Kommunalpolitik Thüringen "Juko.th" berichtet haben, stellen wir ab dieser Ausgabe junge KommunalpolitikerInnen und ihre Arbeit vor.

Udo Nauber, Diplom-Ingenieur im Bauwesen und Kulturmanager, lebt in Bad Berka, ist für die Linke im Stadtrat, Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Bauausschusses.

Wie hat es Dich in die Kommunalpolitik verschlagen?

Ich wurde überredet. Eigentlich wollte ich kein öffentliches Amt übernehmen. Klaus Dinor hat mich immer wieder angesprochen, ob ich mich für den Stadtrat aufstellen lassen möchte. Irgendwann habe ich dann nicht mehr nein gesagt, wurde auf die Wahlliste und 2014 in den Stadtrat gewählt. Das war schon aufregend, ich hatte ja keine kommunalpolitische Erfahrung. Aber Klaus, selbst seit über 25 Jahren im Stadtrat, hat mich unterstützt und ist definitiv eines meiner Vorbilder.

Wie bist du zur Politik gekommen?

Als ich in Weimar an der Bauhaus-Universität studiert habe, bin ich schnell im Studierendenkonvent (StuKo) aktiv geworden. Ich habe viel im Referat für Hochschulpolitik mitgearbeitet, später war ich im Sozialausschuss des Bundesverbands freier Zusammenschluss von studentInnen-



Klaus Dinor (links) und Udo Nauber sind beide für DIE LINKE im Stadtrat Bad Berka Foto: privat

schaften (fzs). Dort habe ich erlebt, wie das Verfolgen von Parteipolitik den Verband in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt hat, das war nicht schön. Zwar war ich damals schon in der Linken, wollte aber sachorientiert für die Studierenden eintreten. Eine andere wichtige Station war der Bildungstreik 2006 – da habe ich erlebt, wie viel Kraft eine solidarische Bewegung entwickeln kann.

Hier in Weimar habe ich das Referat für Kulturveranstaltungen gegründet,

das heute ein wichtiger Knotenpunkt für die studentische Kultur in Weimar ist. Da arbeite ich immer noch mit, helfe Studierenden, ihre Projekte zu verwirklichen. Zudem bin ich Vorsitzender im Kulturtragwerk e.V. Im „Projekt 1“ in der Schützengasse haben wir eine Location geschaffen, die von allen Studierenden für ihre Projekte genutzt werden kann. Mittlerweile ist sie ein wichtiger Anlaufpunkt, gerade auch für die vielen internationalen Studierenden.

Wie war das für Dich als Neuling, haben „die Alten“ Dich unterstützt oder Steine in den Weg gelegt?

Teils-teils. Wie gesagt, Klaus war für mich wichtig. Andere haben es nicht gut verkraftet, dass da plötzlich junge Leute sind, die den Aufstand proben. Auch wenn ich aus dem fzs mitgenommen habe, wie man eine Sitzung graziös leitet, hatte ich viel zu lernen. Es ist doch was Anderes, wenn im Bauausschuss auf einmal gestandene Mittfünfziger mit Berufserfahrung vor mir sitzen und ich sie zur Ruhe bringen muss.

Was ist für dich besonders wichtig in der Kommunalpolitik?

Neben einzelnen Sach- und Fachbereichen vor allem die Transparenz gegenüber den BürgerInnen. Es ist wichtig, dass es einen Anlaufpunkt wie die von mir eingeführte Stadtratsprechstunde gibt. Auch offen und

ehrlich zu sein, wenn eine Idee nicht von mir kommt, gehört dazu. Ein Bürger hat mich mal darauf angesprochen, ob man nicht vor der Schule einen Zebrastreifen machen könnte. Ich habe das aufgenommen, gesagt, dass ich darauf angesprochen wurde und am Ende haben wir das durchgebracht.

Es ist eben wichtig, für die Sache zu streiten. Wenn von den Freien Wählern oder der CDU ein in der Sache guter Antrag kommt, dann können wir da auch zustimmen. Denn die BürgerInnen kriegen schnell mit, was im Stadtrat passiert, zum Beispiel aus der Zeitung, und sprechen einen dann auch darauf an. Aber das ist eine gute Sache, weil man so auch direkt erfährt was die Leute bewegt.

Kannst du anderen jungen Leuten, die kommunalpolitisch aktiv sind oder es vielleicht werden wollen, noch einen Tipp geben?

Einfach ausprobieren. Habt keine Angst vor erfahrenen Leuten die vielleicht grimmig gucken. Eigentlich sind die ganz froh, dass ihr da seid. Die haben selbst wenig Ahnung von den Themen, die für Junge wichtig sind. Nur so bekommen wir eine ausgeglichene Themenvielfalt in die Kommunalpolitik. Nicht nur als Stadtrat, auch als berufene Bürgerin oder Bürger kann man sehr viel erreichen.

Interview: Arne Nowacki

Wir müssen neue Wege in der Drogenpolitik gehen

Von Philipp Gliesing

Unter dem Motto „Cannabis, Crystal & Co – Drogenpolitik zwischen Prävention und Strafe“ lud das KO-POFOR am 6. Oktober zu einer Diskussion nach Weimar ein. Gemeinsam mit Frank Tempel (MdB) konnte ich als Vertreter der Linksjugend[‘solid] Thüringen auf die Perspektiven für einen Sinneswandel in der Drogenpolitik hinweisen und kommunalpolitische Anforderungen beleuchten.

Mit seinen Erfahrungen als Polizeibeamter weiß Frank Tempel vor allem eins: Drogenverkauf und -konsum werden nicht mit gesteigerter Strafverfolgung und höheren Strafen verdrängt. Gerade junge Menschen wirft die Bestrafung von Cannabisbesitz oft völlig aus der Bahn. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, die „geringe Menge“ an Eigenbedarf auf möglichst hohem Niveau bundeseinheitlich zu regeln und den Anbau von bis zu drei Hanfpflanzen zu erlauben.

Es ist wichtig, so Tempel, den Schwarzmarkt selbst als Problem zu verstehen und durch systematischen Entzug seiner Geschäftsgrundlagen zu bekämpfen. Drogenhandel findet oft in abgeschlossenen Kreisen statt und meistens ist es nicht der Konsum, sondern der Kontakt zu diesen Kreisen, der zum Einstieg in eine kriminelle



Legalize it? Diskussion mit Frank Tempel (MdB), B. Krüger und P. Giesing Foto: Linksjugend[‘solid] Thüringen

Karriere führt. Die KonsumentInnen sind Kriminellen schutzlos ausgeliefert, denn während die Inhaltsstoffe in Zigaretten und alkoholischen Getränken überprüft werden, gibt es das für Cannabis aufgrund des Verbots nicht. Verunreinigungen durch Streckmittel seien keine Seltenheit. Frank Tempel fordert deshalb die Einrichtung von Prüfstellen, die eine Kontrolle der Substanzen ermöglichen.

Drogenkonsum ist immer auch Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wachsende Anforderungen in Erwerbsarbeit und Ausbildung können den Wunsch nach Leistungsstei-

gerung wecken, Arbeitslosigkeit zur Realitätsflucht führen. Besonders deutlich ist das bei Crystal Meth: Wenn alleinerziehende Mütter glauben, ihren Alltag nur mit dieser extrem gesundheitsgefährdenden Substanz bewältigen zu können oder der 40-jährige Facharbeiter seine Montage-Einsätze nicht mehr ohne Drogen schafft, dann läuft offensichtlich etwas schief in diesem Land.

Im Ostthüringer Raum sind die Folgen des steigenden Crystal-Konsums seit einigen Jahren spürbar. Immer wieder kommen Städte wie Altenburg, Greiz oder Pößneck als Hochburgen

in die Schlagzeilen. Im Saale-Orla-Kreis reagierten renommierte Persönlichkeiten auf in Betrieben und über das Jugendamt bekannt gewordene Fälle. So initiierte das Landratsamt die Kampagne „Courage gegen Drogen“ und begann ein Netzwerk im Landkreis zu koordinieren. Leider aber glaubte das Landratsamt, mit der Kampagne die Suchtberatung kompensieren zu können und baute dort Personal ab. Auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Polizei kann keine Abhilfe schaffen, denn Mittel der Strafverfolgung sind nicht geeignet, Probleme zu lösen. Es werden mehr Ressourcen für Präventionsansätze und Therapievermittlungen gebraucht, anstatt sie weiter in Strafverfolgung und Vollzugsmaßnahmen zu verbrennen. Denn die erste und beste Form der Drogenprävention ist es, allen Menschen ein intaktes soziales und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Auch die Legalisierung kann eine Lösung sein, wenn wir Toleranzgrenzen entwickeln und uns ein Recht auf Rausch eingestehen. Perspektiven für echte Veränderung ergeben sich vor allem über den Bundesrat und die von LINKE, SPD oder Grünen geführten Bundesländern. Es gilt den Reformdruck zu erhöhen und Modellprojekte auf den Weg zu bringen.

KOPOFOR Thüringen wird 25 und feiert herausragendes Engagement

Sein 25-jähriges Jubiläum hat das Kommunalpolitische Forum Thüringen am 10. September mit MitgliederInnen, KommunalpolitikerInnen, Menschen aus Bürgerinitiativen und VertreterInnen der KOPOFOR anderer Bundesländer gefeiert.

Seit 25 Jahren richtet das KOPOFOR verschiedenste Veranstaltungen aus, von Weiterbildungen insbesondere für KommunalpolitikerInnen bis zu Informationsveranstaltungen oder Podiumsdiskussionen für interessierte Menschen. Aber auch jenseits von besonderen Veranstaltungen stehen wir mit Rat und Tat all jenen zur Seite, die sich auf kommunaler Ebene für ihre Gemeinde engagieren wollen.

Manchmal ist es wichtig, für einen Moment innezuhalten und auf die eigenen Erfolge zurückzublicken, um sich dann mit frischem Schwung den kommenden Aufgaben zu stellen. Denn dass es noch viele Aufgaben geben wird, daran haben Heidrun Sedlacik (amtierende Vorsitzende KOPOFOR Thüringen), Ralf Hauboldt

linker Kommunalpolitik“ und „Bürgerinitiativen aus dem Bereich Kommunalpolitik“. Mit diesen Preisen ehren wir diejenigen, die sich in ihren Politikfeldern besonders hervorheben,



KATEGORIE I

Harald Stegmann ist seit 26 Jahren Mitglied in der Stadtratsfraktion Altenburg und hat im Laufe der Jahre viele Aufgaben übernommen. Beson-

Bild 1: Heidrun Sedlacik, amtierende Vorsitzende des KOPOFOR, begrüßt die Gäste beim Ball der Kommunalpolitik

Bild 2: Über 80 FreundInnen und Mitglieder feierten mit dem KOPOFOR

Bild 3: Tanzrunde mit der Kling-Klang-Band

Bild 4: Michaela Sojka, Landrätin im Altenburger Land, ehrt Klaus Hübschmann vom Gesundheitsbeirat

Bild 5: Ehrung der Initiative „Neue Nachbarn Rudolstadt“

Fotos: Dirk Anhalt/ Archiv KOPOFOR

für ihre Rechte ein. Diese Arbeit setzte sie mit ihren kommunalen Mandaten in Kreistag und Stadtrat fort, ist für die Kreistagsfraktion der LINKEN im Beirat der ARGE des Saale-Orla-Kreises und leitet den Ausschuss für Soziales.

KATEGORIE II

Udo Nauber gehört dem Stadtrat Bad Berka seit 2014 an und wurde zum Vorsitzenden des Bauausschusses gewählt. Außerdem ist er Vorsitzender des Vereins „Kulturtragwerk“, der sich für den Erhalt und den Ausbau verschiedenster kultureller Projekte in Weimar, wie zum Beispiel dem Seifenkistenrennen und dem „Projekt 1“, einsetzt.

KATEGORIE III

Der ehrenamtlich arbeitende **Gesundheitsbeirat** gestaltet die medizinische Versorgung im Altenburger Land mit und sorgt dafür, dass die ambulante und stationäre Versorgung der Bevölkerung gesichert wird. Auch hat der Beirat den „Gesundheitswegweiser“ herausgebracht, eine Informationsbroschüre in dem alle AnsprechpartnerInnen der Gesundheitsversorgung gefunden werden können. Auch hat der Beirat beispielsweise daran mitgewirkt, dass sich neue ÄrztInnen in der Gegend niedergelassen haben und ein häuslicher Pflegedienst eingerichtet wurde.

KATEGORIE IV

Die Initiative **„Neue Nachbarn Rudolstadt“** kümmert sich seit August 2015 um die Belange Geflüchteter. Neben der Verwaltung von Sachspenden, Organisation von Deutschkursen und Unterstützung bei Behördengängen

werden Fußballspiele oder Radfahrkurse und Schulungen für die Verkehrsregeln angeboten und bei der Kontaktaufnahme zu ArbeitgeberInnen, Ausbildungs- und Studienstellen geholfen.

Seit 2012 arbeitet der Arnstädter Verein **„Jugend- und Kulturkollektiv Arnstadt“** ehrenamtlich daran, dass es für Kinder und Jugendliche aus Arnstadt und der Umgebung attraktive und altersgerechte Freizeit- und Bildungsangebote gibt: Workshops und Referate zu verschiedenen Themen, eine kostenlose SchülerInnenhilfe, Musikveranstaltungen, Ausflüge und gemeinsame Abendveranstaltungen. *Text: Arne Nowicki*



(Bürgermeister Sömmerda) und Kerstin Kassner (MdB, kommunalpolitische Sprecherin DIE LINKE) in ihren Reden keinen Zweifel gelassen. Ob es der dringende Generationenwechsel in den Lokalparlamenten ist, die Herausforderungen, vor denen PolitikerInnen angesichts angespannter Haushaltslagen stehen oder ob es die Sorgen sind, die die Menschen angesichts der Funktional, Verwaltungs- und Gebietsreform äußern – zu wichtig sind die Aufgaben, die vor uns stehen, um lange beim Erreichten stehen zu bleiben.

Aber auch unser KOPOFOR wäre wenig ohne die Mitglieder, die sich einbringen und die vielen engagierten KommunalpolitikerInnen und Menschen, die vor Ort arbeiten. Deswegen war der zentrale Programmpunkt die Vergabe des Kommunalen Initiativpreises 2016 in den vier Kategorien „Erfahrene KommunalpolitikerInnen“, „Junge KommunalpolitikerInnen“, „Außergewöhnliche Projekte



ob sie über Jahre unermüdlich in den Lokalparlamenten für ihre Gemeinden und Regionen kämpfen, weil sie eine gute Idee entwickelt und durchgesetzt haben oder weil sie sich in Vereinen und Bürgerinitiativen für die Belange anderer Menschen einsetzen.

All dies haben wir in Sömmerda gefeiert: uns selbst, vor allem aber zahlreiche für die Preise Nominierte und die insgesamt sieben ausgezeichneten Personen und Vereine. In festlicher Atmosphäre im Volkshaus in Sömmerda konnten wir den Abend, vom Buffet gestärkt, mit Musik der „Kling-Klang-Band“, mit vielen Gesprächen und dem einen oder anderen Tanz ausklingen lassen.



ders zu würdigen ist seine Arbeit im Finanzausschuss und die Vertretung der Stadt Altenburg im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft Nobitz mbH.

Albrecht Dürrer, der bis vergangenen Juli Bürgermeister der Gemeinde Liebenstein war, ist mit 84 Jahren einer der ältesten Kommunalpolitiker Deutschlands. Er war Bürgermeister und Gemeinderat, daneben ehrenamtlich im Jonastalverein und in der Gesellschaft Thüringer Schlösser und Gärten aktiv.

Hannelore Fleischmann beschäftigt sich seit über 25 Jahren mit den sozialpolitischen Problemen von Frauen und Mädchen und setzt sich

KOPOFOR-Vorsitzende Heidrun Sedlacik: Es ist Zeit, Danke zu sagen

Das Kommunalpolitische Forum Thüringen feierte sein 25. Jubiläum in Sömmerda und es war eine würdige Feier mit lieben Gästen. Eine solche Feier ist eine gute Gelegenheit, auch einen persönlichen Rückblick zu halten und, vor allem wenn ich nach der kommenden Mitgliederversammlung das Amt der Vorsitzenden übergebe, auch einen Ausblick auf Kommendes zu wagen.

Wie bin ich eigentlich zur Kommunalpolitik gekommen?

Angefangen hatte es mit meiner Wahl im Elternaktiv im Kindergarten. Da gab es erste Kontakte mit der Verwaltung und mit PolitikerInnen und damit auch einige Möglichkeiten, die Interessen der Kinder zu vertreten.

Mein soziales Engagement entwickelte sich weiter in der Schule, im Wohnort, im Kreis und irgendwann kommt man davon nicht mehr los.

Im Landkreis Greiz hatte ich Mandate im Stadtrat Zeulenroda, im Kreistag und im Stadtrat Hohenleuben inne und war von 1996 bis 2004 ehrenamtliche Bürgermeisterin in der Stadt Hohenleuben, die damals etwa 2000 Einwohner hatte.

Das war natürlich eine tolle Zeit, ein tolles Erlebnis und eine hervorragende Schule für die Aufgaben einer Kommunalpolitikerin. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich wenig über das KOPOFOR und somit besuchte ich meine erste Schulung für ehrenamtliche Bürgermeister bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zum Glück kam ich mit Frank Kuschel, dem damaligen Vorsitzenden des KOPOFOR, in Kontakt. Der Verein war für uns Kommunalpolitiker eine großartige Unterstützung, egal ob bei Schulungen, im Erfahrungsaustausch oder wenn wir Anfragen an Frank stellten, der stets und schnell Auskunft gab und Hilfe anbot. Bald arbeitete ich im Vorstand des Forums mit, an der Seite von Anke Hofmann-Domke, der Geschäftsführerin, und Dr. Heide Wildauer, meiner Vorgängerin als Vorsitzende des Vereins.



Immer engagiert für mehr Demokratie: Heidrun Sedlacik

Foto: privat

Da es viele Themen gab, an denen wir Kommunalpolitiker dran bleiben mussten und wollten, entschied ich mich, für die Landtagswahl 1999 zu kandidieren, um an Verbesserungen an der Kommunalordnung im Landtag mitzuwirken.

Leider brachten wir in den 15 Jahren in der Opposition keine einzige Gesetzesänderung gegen die wechselnden Mehrheiten im Landtag durch. Aber wir konnten politischen Druck machen, weswegen es bis heute trotzdem einige gesetzliche Änderungen gab. Seit 2014 bin ich zwar nicht mehr im Landtag, aber am Thüringer Gesetzentwurf zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene ist deutlich zu sehen, was die Regierungsverantwortung möglich macht. An dieser Entwicklung haben auch das KOPOFOR und der Verein „Mehr Demokratie“ einigen Anteil. Wenn auch nicht alle Wünsche wahr werden, ist es doch ein gewaltiger Schritt nach vorn. Mein Dank gilt hier auch Ralf-Uwe Beck, als wichtiger Partner und Top-Referent unseres Vereins.

Als ich vor mehr als zehn Jahren die Nachfolge von Dr. Heide Wildauer antrat, kamen zahlreiche Bürgerinitiativen auf uns zu und fragten nach Bildungsveranstaltungen. Zu den Themen wie Kommunalabgaben oder Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung hatten wir volle Säle. Zahlreiche BürgerInnen aus solchen Initiativen entschieden sich parteiübergreifend zur Kandidatur als KommunalpolitikerInnen und sind weiterhin aktiv. Ein größeres Lob kann es für einen kommunalpolitischen Bildungsverein kaum geben.

In dieser Zeit hatten wir als Verein nicht immer die besten Bedingungen, oft hatten wir finanzielle und materielle Sorgen, wenn die bewilligten Mittel nicht termingerecht flossen.

Diese Zeiten sind hoffentlich vorbei, mit Freude arbeitete ich mit den langjährigen Vorstandsmitgliedern, wie Frank Kuschel, Dr. Rita Bader, Heinz-Dieter Plötner, Andreas Schuster, Vera Fitzke und Ralf Hauboldt, sowie den Geschäftsführerinnen Anke Hofmann-Domke, Carolin Weingart

und Katja Seiler zusammen. Gemeinsam entwickelten wir das KOPOFOR zu einem anerkannten und wirkungsvollen Bildungsverein, mit einem attraktiven Büro und Seminarraum in der Landeshauptstadt Erfurt, Trommsdorffstraße 4. Ein Besuch lohnt sich immer!

Dafür möchte ich mich bei allen Mitwirkenden herzlich bedanken.

Am 1. Dezember werde ich nun endgültig den Vorsitz des KOPOFOR abgeben und Platz machen für junge KommunalpolitikerInnen.

Ich bin froh, solche Errungenschaften, wie den jährlichen Kommu-

nenal Initiativpreis des KOPOFOR mit auf den Weg gebracht zu haben. So erfahren wir von hervorragenden und nachahmenswerten Initiativen im Land und ehren sie öffentlichkeitswirksam. Auch den vierteljährlich erscheinenden kommunalpolitischen Scheinwerfer nutzen wir zur verstärkten Öffentlichkeitsarbeit. Auch neuere Kommunikationsmittel wie Facebook und Twitter nutzen wir schon, hauptsächlich unser Nachwuchs.

Das ist mein Stichwort! Für unseren Nachwuchs im Verein haben wir beste Voraussetzungen und ich wünsche mir, dass noch viele junge Leute auf uns aufmerksam werden. Der Elan und die frischen Ideen der Jugend, gemischt mit unseren langjährigen Erfahrungen im Bildungsverein lassen mich optimistisch in die Zukunft blicken.

Unsere Unterstützung werden die jungen Leute auf jeden Fall haben.

Heidrun Sedlacik, amtierende Vorsitzende des KOPOFOR

2016: Jahresende und Neuanfang

Das Jahr 2016 nähert sich seinem Ende und wir wollen kurz Revue passieren lassen, was es für uns gebracht hat: Wir sind zu Beginn des Jahres in unsere neue Geschäftsstelle in der Trommsdorffstraße 4 eingezogen und haben quasi nebenbei viele Veranstaltungen für Euch organisiert: Informationsveranstaltungen zur kommunalen Auftragsvergabe und zu Kommunalfinanzien, Workshops zum erfolgreichen Leiten einer Sitzung und guter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu unserer 25-Jahr Feier.

Der mit Abstand größte Posten aber ist wohl die Veranstaltungsreihe „Faktencheck“ zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform, die im Sommer anlief und im Herbst richtig Fahrt aufgenommen hat. Wer noch

Einen schönen Jahresausklang wünscht Euer KOPOFOR e.V.

keine besuchen konnte, hat im Dezember die Chance dazu – am 3. in Sömmerda, am 5. in Crossen und am 6. in Bibra.

Dieses Jahr endet auch mit einem Neuanfang: Am 1. Dezember findet unsere Mitgliederversammlung statt, auf der eine neue oder ein neuer Vorsitzende gewählt werden soll. Auch der Veranstaltungsplan für 2017 soll verabschiedet werden. Bisher planen wir weitere Veranstaltungen zur kommunalen Pressearbeit, zur Versammlungsleitung sowie zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Außerdem wollen wir uns mit kommu-

naler Jugendpolitik beschäftigen, mit sozialer Wohnungspolitik und öffentlichem Nahverkehr sowie gemeinsam mit „Mehr Demokratie e.V.“ das neue Gesetz zu Einwohneranträgen, Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheiden unter die Lupe nehmen. Natürlich ist das noch bei weitem nicht alles, auf www.kopofor-thuer.de und unserer Facebookseite wird es alle Informationen geben. Selbstverständlich sind wir auch immer offen für Vorschläge und Ideen – schreibt uns eine E-Mail, ruft an oder kommt in unsere Geschäftsstelle und erzählt uns, was Euch beschäftigt. Wir freuen uns!

Sie wollen weitere Informationen zu den Vereinsaktivitäten des KOPOFOR oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
E-Mail: info@kopofor-thuer.de
Internet: www.kopofor-thuer.de

Das KOPOFOR Thüringen erhält als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).